



K u r z b e r i c h t

über die

*40. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 3. November 2010,
Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 17/744, durch.

Im Anschluss daran beschäftigte er sich auf Antrag des Abg. Fürter kurz mit dem Thema **Medienarbeit der Landesregierung**.

Die weitere Beratung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Neugliederung der Verwaltung in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/604 (neu), wurde bis zum Abschluss der von der Landesregierung initiierten Regionalkonferenzen zurückgestellt.

Nach einer kurzen Diskussion schloss der Ausschuss seine Beratungen zu den Vorlagen zum **Rundfunkgebührenstaatsvertrags** ab. Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und von CDU und FDP erklärten ihre Änderungsanträge, Drucksachen 17/548, 17/556 und 17/558, für erledigt. Der ihnen zugrunde liegende Antrag der Fraktion des SSW, Drucksache 17/488, wurde daraufhin vom Antragsteller zurückgezogen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, Drucksache 17/522, kamen die Ausschussmitglieder überein, dem Europaausschuss anheimzustellen, zusätzlich noch eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen.

Nach einem Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW, **Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!**, Drucksache 17/520, legten die Fraktionen von

CDU und FDP einen Beschlussvorschlag vor. Der Ausschuss stellte seine abschließende Beratung zurück.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/370, vor dem Hintergrund der Einigung der Initiatoren der Volksinitiative mit den Fraktionen über einen neu einzubringenden Gesetzentwurf, in dieser Sitzung keine Beschlussempfehlung für das Plenum abzugeben.

Die Beschlüsse des **22. Altenparlaments** vom 24. September 2010, Umdruck 17/1309, überwies der Ausschuss mit der Empfehlung an die Fraktionen, gegebenenfalls aus ihnen parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Schluss: 17:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder